

## Wohnungsnot eine Schande für Oldenburg

Von vielen Seiten wurde schon gewarnt: Bezahlbarer Wohnraum für Geringverdiener, Studierende, Arbeitslose und alte Menschen mit kleinen Renten wird in Oldenburg zur Mangelware. Sogar die Stadtverwaltung gibt zu, dass diesbezüglich in den letzten Jahren einiges versäumt wurde. Leider deutet nichts darauf hin, dass man das Problem so schnell wie möglich ernsthaft lösen will. Im Stadtentwicklungsprogramm 2025 (step25) wird blumig von der Übermorgenstadt mit 24 Zukunftsorten geschwärmt, zum Beispiel vom Schlaun Haus als erstem Zukunftort. Man sucht dort jedoch vergebens konkrete Vorhaben zum sozialen Wohnungsbau.

Das Pestel-Institut in Hannover prognostiziert für das Jahr 2017 zweitausend fehlende Mietwohnungen. Die Zeit läuft. Noch vorhandene kleine Wohnungen werden jetzt schon immer teurer und für viele damit unbezahlbar. Sehr häufig müssen auch für Altbauwohnungen mit zwei bis drei Zimmern acht Euro pro Quadratmeter bezahlt werden. Es muss also dringend etwas geschehen.

Die Forderung der Linkspartei nach einem kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm ist daher richtig und unterstützenswert. Auf private Investoren zu setzen führt in die Irre. Diese schielen nur auf die Rendite.

Gefordert ist die GSG (Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft). Die Tätigkeit dieser für den sozialen Wohnungsbau zuständigen Gesellschaft hat sich immer mehr von dieser Kernaufgabe entfernt. Anstatt günstig erworbene Grundstücke teurer an Bauherren weiterzuverkaufen, sollte die GSG ihrem Auftrag folgen und günstigen Mietwohnraum schaffen. Gefordert ist auch die Stadt, die GSG entsprechend in die Pflicht zu nehmen.

Nicht zu billigen sind Versuche der Stadt und der GSG, dem Wohnungsmangel dadurch zu begegnen, indem sie intakte Wohnviertel mit preiswertem Wohnraum zerstören. So war es mit der Klävmann-Siedlung geplant. Energischer Widerstand der Bevölkerung hat diesen Anschlag auf die Lebensqualität der dortigen Bewohnerinnen und Bewohner verhindern können.



Hier hat sich gezeigt, wie wirksam Druck aus der Bevölkerung sein kann. GeringverdienerInnen, Hartz-4-EmpfängerInnen, Alleinerziehende und arme ältere Menschen sollten es sich nicht gefallen lassen, dass sie in der Stadtentwicklungsplanung so stiefmütterlich behandelt werden. Wir sollten die Betroffenen ohne Wenn und Aber unterstützen. So lässt sich von unten ein solidarisches Miteinander im Kampf für ein menschenwürdiges Leben für alle von uns entwickeln.

## Lebensleistung à la von der Leyen - Verhöhnung der Armen

Im September machte sich Ministerin von der Leyen sorgenvolle Gedanken um die steigende Altersarmut. Das ehrt sie natürlich. Ihr Mittel dagegen war eine sog. Zuschussrente - eine Aufstockung auf 850€. Damit aber



waren große Teile der Koalition nicht einverstanden. So kam Anfang November eine Version im Koalitionsausschuss zustande, genannt "Lebensleistungsrente". Diese sieht eine Rente von knapp 700 EUR vor, nur 10 EUR als Zuschuss über der Grundsicherung. Schon heute wird die Rente bereits mit Steuermitteln auf die Grundsicherung von 688 EUR angehoben.

In den "Genuss" dieser Rente sollen nur diejenigen Geringverdiener kommen, die 40 Jahre permanent in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt, und zusätzlich privat

vorgesorgt haben. Das betrifft nur 2% der Geringverdiener!

Die Botschaft ist zweierlei: Wer jahre- bzw. jahrzehntelang sein Leben mit Dumpinglöhnen fristete, wird mit einer staatlichen Rente knapp oberhalb des Grundsicherungsniveaus abgespeist. Wer mehr will, soll gefälligst selbst mehr privat vorsorgen.

Dies ist eine Verhöhnung der Menschen, die von Altersarmut betroffen sind. Die Bezeichnung Gnadenbrot wäre ehrlicher gewesen. Obwohl: "Gnadenbrot" bezeichnete im Mittelalter eine Spende aus Mitleid. Bei der "Lebensleistungsrente" handelt es sich jedoch nicht um Mitleid, also etwas was gefühlte Anteilnahme voraussetzt, sondern um soziale Kälte und Bedienung der eigenen Versicherungswirtschafts-Klientel.

Rentenexperten gehen schon lange davon aus, dass die weitere Prekarisierung des Arbeitslebens - z.B. durch Niedriglöhne, Minijobs, Leiharbeit, befristete Beschäftigung - zu einer steigenden Zahl armer RentnerInnen führen wird. Immer weniger beziehen eine "normale" Rente. So erklärt sich auch, dass immer mehr ihre karge Altersversorgung durch Minijobs aufbessern müssen. Ihre Zahl stieg zwischen 2000 und 2011 um 60% auf

761.000. Davon waren 120.000 75 Jahre und älter. Dazu kommen noch 154.000 die einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen. Besonders Frauen sind von dieser Entwicklung betroffen, denn sie erreichen im Schnitt nur 26,6 Versicherungsjahre.

**Wir fordern ein Rentenniveau, das RentnerInnen den Gang zum Sozialamt erspart! Das Geld dafür kann von den Reichen, den Banken und der Rüstung geholt werden!**

### Unsere Forderungen:

- ☆ Sofortige Rücknahme der Rente mit 67 auf 65 Jahre!
- ☆ Mindestlohn von 10€/Stunde!
- ☆ Einführung 35-Std.-Woche bei vollem Lohn-/Personalausgleich als Übergang zur 30 Std.-Woche!
- ☆ Rückkehr zur Solidargemeinschaft: Rentenversicherungspflicht für alle (auch Beamte, Selbständige)!
- ☆ Koppelung Rentenentwicklung an den Produktivitätsfortschritt!
- ☆ Mindestrente von 1.000€ (mit Unterstützung für Miete/Heizung)!

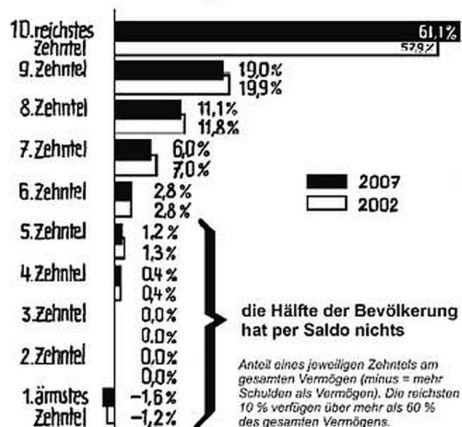
**O-Ton DKP**  
[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

## Auf dem Weg in die Armutsrepublik

Armutsriskiken bedrohen immer größere Teile der Bevölkerung in Deutschland. Das Land mit den meisten Millionären und

### Reiche werden reicher – Arme noch ärmer

Anteil am (Netto)-Gesamtvermögen 2002 und 2007 in Prozent von Bevölkerungszehnteln



Milliardären in Europa ist zugleich das Land mit der größten Zahl an Armen und in Not lebenden Menschen. Nach der Erhebung LEBEN IN EUROPA 2011 sind hierzulande nach EU-Definition fast 20% von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen - insgesamt rund 16 Millionen Menschen. Frauen sind stärker betroffen als Männer.

Die Möglichkeiten der sozialen Teilhabe sind bei den Betroffenen sehr eingeschränkt, sie sind ausgegrenzt. Fast tausend "Tafeln", die eineinhalb Millionen "Kunden" mit ihren Familienangehörigen versorgen, unterstreichen,

dass satt essen heute für viele Menschen in Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Der apokalyptische Reiter Hunger ist dabei zurückzukehren.

Mit dem Armutsanstieg wachsen auch andere Bedrohungen. So versuchen nationalistische Kräfte mit scheinbar einfachen Alternativen für ihre Ziele zu werben. Sie machen bestimmte Gruppen zu Sündenböcken: AusländerInnen (derzeit hoch im Kurs die "faulen Griechen"), Schwule, Juden und Linke oder betreiben populistische Stimmungsmache gegen Asylbewerber aus Serbien und Mazedonien auf Kosten von Sinti und Roma.

Die Politik der Bundesregierungen der letzten dreißig Jahre hat kontinuierlich die Interessen des Kapitals bedient und die Voraussetzung für die Verarmung von immer mehr Menschen geschaffen. Die Veränderungen im Steuersystem burden den arbeitenden Menschen zusätzlich den Anteil auf, der den Reichen und Konzernen geschenkt wurde. Durch umfangreiche Gesetzesänderungen wurde das Realeinkommen der Beschäftigten um 30 Prozent abgesenkt und ein Millionenheer von völlig unzureichend Entlohnten geschaffen, deren Rente nur eine Armutsrente sein kann. Die Erhöhung des Rentenalters ist letztendlich gleichsam ein Rentensenkungsprogramm, wie auch die Hartz-Gesetzgebung lediglich Armut per Gesetz verordnet.

So langsam wächst der Widerstand, in den Betrieben, den Kommunen und auf der Stra-

ße, nicht zuletzt sichtbar bei dem Protest der 40 000 am 29. September in zahlreichen Städten der Bundesrepublik. Beeindruckend sind die Manifestationen der europäischen Arbeiterklasse in vielen Metropolen Europas, so beim Streik am 14. November, die wir in den Nachrichtensendungen verfolgen konnten.

Die Erkenntnisse über Ursachen dieser Entwicklung, die Logik einer kapitalistischen Wirtschaftspolitik, sind jedoch noch nicht weit genug verbreitet, um eine wirkliche Umverteilung von oben nach unten durchsetzen zu können. Erforderlich ist eine breite Mehrheit, die die Öffnung des Wegs für eine soziale und demokratische Wende in der Bundesrepublik erkämpfen will und erkennt, dass zwischen der Durchsetzung der sozialen und demokratischen Rechte der großen Mehrheit der Bevölkerung und den kapitalistischen Eigentumsverhältnissen ein unüberbrückbarer Widerspruch besteht.

"Empört euch" ist das Signal für Hunderttausende vor allem junger Menschen geworden. "Wem gehört die Welt?" Immer häufiger wird dabei die Eigentumsfrage gestellt, der Kapitalismus angeklagt. Die jüngsten Aktionen machen Mut, dass sich die Wut über die Armut erzeugende Politik der Herrschenden, gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen und ihre Familien in zielgerichteten Widerstand verwandeln wird.

## Danish Crown-Tulip ohne Mindestlohn

Die MitarbeiterInnen des Oldenburger Unternehmens Danish Crown-Tulip haben kein Schwein. 2011 wurde der Schlachthof in der Georg-Bölts-Str. durch den dänischen Fleischkonzern übernommen. Danish Crown teilt sich mit drei weiteren Konzernen 60% des weltweiten Schweinemarktes.

Er nutzt Deutschland als Billiglohnland. Wie das? Durch die Verlagerung konnte der Konzern Dumpinglöhnen für mittel- und osteuropäische ArbeitnehmerInnen realisieren und aus dem dänischen System der Tariffindung flüchten. In Dänemark wurden dadurch Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet.

Lediglich 10% der Beschäftigten sind Stammarbeiter (Schätzung der Gewerkschaft NGG), der Rest setzt sich aus LeiharbeiterInnen und mittelosteuropäischen ArbeitnehmerInnen (Wanderarbeiter in Werkverträgen) zusammen. Gerade die zweite Gruppe davon ist katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen ausgesetzt. Die Anwerbung der Werkvertragsarbeitnehmer erfolgt über Strohmänner (Scheinfirmen) im jeweiligen Entsendeland. Gearbeitet wird mit Subunternehmern, die wiederum mit Subunternehmern für die Zerlegung der Schweine

arbeiten. Der Schlachthofbetreiber überträgt damit jegliche Verantwortung für die ArbeitnehmerInnen auf den Werkvertragspartner. Für Werkvertragsarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer gibt es keinen Mindestlohn. Hier helfen auch nicht neu festgelegte Mindestlöhne für die Zeitarbeitsbranche.

Es wird Zeit, dass endlich Mindestlöhne von 10 EUR eingeführt werden. Dadurch ist die Entwicklung von Billiglohnkräften aufzuhalten und könnte die soziale Lage vieler Betroffenen verbessert werden.



### Ich will.....

- ..... Mitglied werden
- ..... die UZ (Wochenzeitung der DKP) 4 Wochen kostenlos beziehen
- ..... eingeladen werden
- ..... Informationen bekommen

Name:.....

Straße:.....

PLZ, Wohnort:.....

E-Mail:.....

Ankreuzen und Einsenden an:  
siehe Impressum

**Die DKP steht für gemeinsamen Widerstand gegen Kapital und Kabinett, für Gemeinsamkeit der Linken, für radikale Veränderungen, für eine andere Gesellschaft, den Sozialismus!**



[www.dkp-oldenburg.de](http://www.dkp-oldenburg.de)

### Spenden? – Ja bitte!

Dann an  
DKP Oldenburg  
Konto-Nr. 25400060  
BLZ 280 501 00  
Landessparkasse Oldenburg  
Wir danken!

## Zeit für Problemlösung - Bahnanlieger nicht weiter hinhalten!

Der Jadeport ist inzwischen eingeweiht worden, die Anzahl der Güterzüge, die durch die Stadt Oldenburg rollen werden, wird schon bald zunehmen.



Was geschehen soll, um dem steigenden Bahnlärm zu begegnen ist, ist immer noch nicht abschließend geklärt. Ein eindeutiges Versagen von Bahn und Politik.

Widersprüchliche, irreführende und unvollständige Informationen zum Problem von den Verantwortlichen haben zu Irritationen bei den Betroffenen geführt. Hinzu kommen unterschiedliche Interessen aus den verschiedenen betroffenen Stadtteilen.

In dieser Situation ist es notwendiger denn je, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren

und auf eine Lösung zu drängen, die für alle Betroffenen einen angemessenen Schutz vor zunehmendem Bahnlärm sicherstellt und allen Verkehrsteilnehmern in der Stadt Oldenburg garantiert, dass sie nicht ständig vor geschlossenen Schranken stehen.

Deutlich zu warnen ist vor Tendenzen, die erwarteten eigenen Nachteile höher zu gewichten als die Nachteile anderer. Das ist nicht nur unfair, sondern auch eine Steilvorlage für die Verursacher der Probleme, die die billigsten und für die Betroffenen schlechtesten Lösungen vorziehen. Eine Befragung der Bürgerinnen und Bürger, wie sie von der Linkspartei ins Spiel gebracht worden ist, setzt deshalb voraus, dass schon die Art der Befragung das "St. Florians-Prinzip" ausschließt.

Die Betreiber des Jadeports, die Bundesbahn und die verantwortlichen Politiker sind den Bürgerinnen und Bürgern noch viele Informationen schuldig. Auch in dieser Hinsicht gilt es Druck zu machen. Wo bleiben Informationen zu Umschlags- und Verkehrsszenarien? Welche (Not-) Lösungen liegen dazu in welcher Schublade? Welchen Belastungen werden die Bahnbrücken in Oldenburg ausgesetzt und welche Risiken sind damit verbunden? Keinerlei Aufklärung! Betriebliche Ge-

heimniskrämerei und politische Taktik erweisen sich wieder einmal als Demokratiebremse. Davon sind übrigens wir alle betroffen. Es liegt an uns, sich das nicht mehr bieten zu lassen. Gut, dass die Stadt nun endlich ein Gutachten erstellen lässt, wie der Straßenverkehr durch den zusätzlichen Schienenverkehr in Osterburg beeinflusst wird. Reichlich spät allerdings!

Was letztlich erreicht wird, hängt vom Kräfteverhältnis ab. Unsere Gesellschaftsordnung sichert die Macht der wirtschaftlich Mächtigen, zum Teil gegen die Absichten unseres Grundgesetzes. Damit wir da "unten" nicht ohnmächtig dem Treiben der da "oben" zusehen müssen, bedarf es eines Widerstandes, der das Gemeinsame in den Vordergrund stellt und so die Kräfte von unten bündelt. Bezogen auf unser Thema könnte so kurzfristig ein effektiver Lärmschutz für alle Anwohnerinnen und Anwohner der jetzigen Bahnstrecke durch die Stadt und die mittelfristige Herausnahme des Güterbahnverkehrs aus der Stadt durch eine Umgehungsstrasse als Maßnahmenpaket erstritten werden. Zur Zeit sind diese Voraussetzungen offensichtlich nicht gegeben. Sollte es so bleiben, müssten zumindest Lärmschutzmaßnahmen für die Stadttrasse erstritten werden, die ihren Namen verdient haben.

## Berufsverbote vor 40 Jahren von der SPD erfunden

Bis heute ist es kaum zu glauben: Ausgerechnet von Willy Brandt und der damaligen SPD, die doch mehr Demokratie wagen wollte, wurden der sogenannte Radikalerlass und die Berufsverbote erfunden. Kapitalismuskritischen Konkurrenten der SPD sollte mit verschärften beamtenrechtlichen Vorschriften der Zugang zum Öffentlichen Dienst versperrt werden. Das war vor 40 Jahren und traf in Oldenburg viele angehende LehrerInnen. Schnee von gestern? Mitnichten! Die Betroffenen wurden bis heute nicht umfassend rehabilitiert und schon gar nicht entschädigt. Brandt sprach später von einem Fehler.

Was hatten diese Menschen, die mit Berufsverbot bedroht und belegt wurden verbrochen? Meistens handelte es sich um Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands. Später wurden auch Verfahren gegen linke Sozialdemokraten durchgeführt. Schauen wir uns einmal die Anklagepunkte der Behörde gegenüber dem ersten "Angeklagten" in Oldenburg an. Beschuldigt wurde ein Lehrer, Mitglied der DKP, u.a. folgender "verfassungsfeindlicher" Verfehlungen:

- \* Kandidatur zum Stadtrat
- \* Kandidatur für den Sozialdemokratischen Studentenbund (SHB) und dem Marxistischen Studentenbund Spartakus (MSB)

zum Studentenrat/Studierendenparlament

- \* Verteilung von Materialien am Infostand
- \* Aus- und Einreisen in und von der DDR, u.a. ein zweiwöchiger Studienaufenthalt an der PH Potsdam.

Dieser kurz skizzierte Einzelfall steht für viele. Interessant ist der schon für 1972 erhobene Vorwurf der Kandidatur für den SHB, abgesehen davon, dass der Beschuldigte nachweislich nie für diese Organisation kandidiert hat.

Wenn man die Vorwürfe sieht, erkennt man sehr schnell, dass es darum geht, politische Gruppen und Parteien, die für eine Alternative zum Kapitalismus eintreten, massiv mit repressiven Mitteln in ihrer politischen Tätigkeit zu behindern.

Auch bürgerliche Kreise empörten sich damals dagegen, Kritiker des Kapitalismus mundtot machen zu wollen. Die Mutter des o.g. Erstbeschuldigten in Oldenburg schrieb damals in ihrer Empörung über die Vorgänge an eine damalige SPD-Bundesministerin u.a.: "Durch die Tätigkeit meines Mannes, er ist Rektor einer Volksschule, haben wir einen großen Bekanntenkreis. Nicht ein einziger hat Sympathie für die DKP, aber jeder ist empört über das, was hier geschieht ..." Und weiter:

"Herr Walter Polkehn, MdB in der SPD-Fraktion, hat sich ... sehr für unseren Sohn eingesetzt, aber leider ohne Erfolg. Darüber wundern wir uns allerdings gar nicht, denn neuerdings zweifelt man ja hier ja auch schon die



Verfassungstreue von SPD-Mitgliedern an, die sich um Einstellung in den Schuldienst bewerben, und unterwirft auch sie einem Anhörungsverfahren. Dass auch rechtsextreme Lehramtsbewerber beim Eintritt in den Öffentlichen Dienst Schwierigkeiten haben, haben wir noch nicht erfahren."

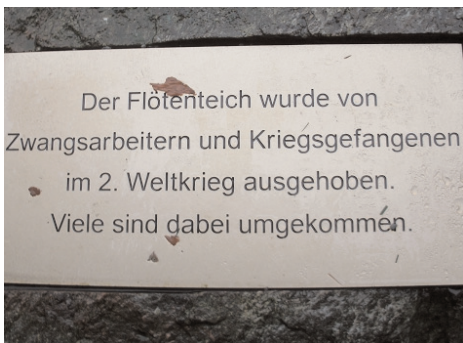
Dies wurde 1974 von einer bürgerlichen Frau geschrieben. Das sollte uns auch im Jahre 2012 zu denken geben!





## Gedenkstein mehrfach beschädigt

Der Gedenkstein am Flötenteich wurde in der letzten Zeit mehrfach beschädigt, die



Gedenkstätte geschändet. Blumen wurden ausgerissen und mit Säure übergossen, die Schriftplatte wurde mit Scherben zerkratzt.

Der Stein wurde 2011 auf Initiative von Schülern der Integrierten Gesamtschule Flötenteich gesetzt. Er erinnert an die ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangenen, die zur Zeit des Faschismus zum Bau der Umgehungsstraße eingesetzt worden waren. Die von den Nazis Inhaftierten mussten zur Gewinnung von Bausand den Flötenteich ausheben. Mehr als 12.000 Menschen, welche in dem großen Durchgangslager an der Rennplatzstraße und in weiteren 60 Lagern in Oldenburg inhaftiert waren, wurden dort zur Arbeit gezwungen.

Der Gedenkstein am Flötenteich macht einen Teil des faschistischen Terror in Oldenburg sichtbar. Dieses Kapitel der Stadtgeschichte wurde jahrzehntelang unter dem Mantel des Schweigens versteckt. Den Initiativen von Opfergruppen, linken Gruppierungen, engagierten SchülerInnen und Einzelpersonen ist es zu verdanken, dass sich mittlerweile in Oldenburg eine Erinnerungskultur in Ansätzen etabliert hat.

Oberbürgermeister Gerd Schwandner ruft dazu auf nicht wegzuschauen und verdächtige Beobachtungen am Flötenteich der Polizei zu melden. Er wünscht sich auch Paten, die

sich beim Kulturbüro melden und diese Aufgabe übernehmen.

Soweit so gut, Herr Oberbürgermeister. Wenn Sie Zivilcourage meinen unterstützen wir dies. Wir wünschen uns jedoch mehr: Die Ursachen von Vandalismus sind zu bekämpfen. Diese sehen wir in der Perspektivlosigkeit für die Jugend, der Militarisierung unserer Gesellschaft, damit einhergehend der zunehmenden Verrohung, der Verharmlosung faschistischen Terrors, der zunehmenden Prekarisierung großer Bevölkerungsteile (30% sind in Deutschland Niedriglöhner, Mini-Jobber, befristet Beschäftigte, Leiharbeiter oder Arbeitslos), der schlechten Wohnungssituation, um nur Beispiele zu nennen. Hier gibt es einen Zusammenhang. Diese Ursachen gilt es zu bekämpfen. Sie liegen in der Logik unseres kapitalistischen Systems.

## Maulkorb? Nein danke!

Der niedersächsische Landtags hat die Immunität der Abgeordneten Christel Wegner (DKP, fraktionslos) aufgehoben. Damit soll der Weg für einen Prozess gegen die Abgeordnete frei gemacht werden, bei dem sie wegen eines Aufrufs zum "Castor schottern" angeklagt werden soll. Nur die Mitglieder der Partei "Die Linke" haben dagegen gestimmt. CDU, FDP, SPD und auch die Grünen haben Wegner hingegen mehrheitlich für "vogelfrei" erklärt. Wegner: "Ich werde mich nicht davon abschrecken lassen und weiterhin gegen Atomwüstentransporte demonstrieren und auch weiterhin meine Meinung dazu sagen."

Die Staatsanwaltschaft Lüneburg hatte der Abgeordneten des die Einstellung des Verfahrens wegen ihres Aufrufs für die Kampagne "Castor? Schottern!" gegen eine Auflage von 500 Euro angeboten. Dem war Christel Wegner nicht nachgekommen. Jetzt droht ihr die Anklagebank. Darauf gehören nach Wegners Auffassung diejenigen, die das Atompro-

„Soll das heißen, daß wir uns bescheiden Und 'so ist es und so bleibt es' sagen sollen?

Und, die Becher sehend, lieber Durste leiden

Nach den leeren greifen sollen, nicht den vollen?

Soll das heißen, daß wir draußen bleiben Ungeladen in der Kälte sitzen müssen

Weil da große Herrn geruht, uns vorzuschreiben

Was da zukommt uns an Leiden und Genüssen?

Besser scheint's uns doch, aufzubegehren Und auf keine kleinste Freude zu verzichten

Und die Leidenstifter abzuwehren

Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten!"

(Bertolt Brecht)

Die DKP Oldenburg und der Pulverturm wünschen allen LeserInnen ein widerständiges, aktives und friedlicheres Jahr 2013!

gramm zu verantworten haben und heute nicht wissen, wo sie den Müllendlagern sollen. Das Ergebnis sieht man in der Asse. Auch Gorleben kann das Schicksal eines abaufenden Atomwüstllagers erleiden, wenn sich vorher nicht noch mehr Menschen gegen die Atompolitik wehren, sagte Wegner.

Das Ganze ist mehr als die Schikanierung einer demokratisch gewählten Abgeordneten. Das Recht der freien Meinungsäußerung sowie das Demonstrationsrecht soll getroffen werden. Wir Kommunistinnen und Kommunisten lassen uns gemeinsam mit vielen anderen Menschen durch solche Maßnahmen nicht einschüchtern. Wir werden weiterhin gemeinsam mit anderen Gegnern der Atompolitik aktiv für die im Grundgesetz verankerten Grundrechte eintreten und außerparlamentarische Aktionen unterstützen. Dies auch und gerade gegen die Atomlobby und deren Helfershelfer in den Parlamenten.

### Termine

**Mo ★ 26. Nov.:** Podiumsdiskussion zur Landtagswahl, ver.di-SeniorInnen, Stadthotel Oldenburg, Hauptstraße 36, 10.00 Uhr.

**Di ★ 27. Nov.:** Die Theorie des "Staatsmonopolistischen Kapitalismus" (Stamokap) - Entstehung, Inhalt, Aktualität, Prof. Dr. Gretchen Binus. MASCH Bremen, Goetheplatz 4, Bremen, 20.00 Uhr.

**Fr ★ 30. Nov.:** Film: Work hard-Play hard, Regie: Carmen Losmann, D 2011, 90 Min., Einführung Hanno Harms (ver.di), 6 Euro, ermäßigt 4 Euro, Filmriss e.V. u.a., Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3, 20.00 Uhr.

**Do ★ 6. Dez.:** Mitgliederversammlung der DKP Oldenburg (Gäste willkommen). Bei Beppo, Auguststraße 57, 20.00 Uhr.

**Die DKP Oldenburg trifft sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 20.00 Uhr.**

# Nur Mut!

UZ-Unsere Zeit, Wochenzeitung der DKP

Die Kommunistische unter den Linken.

[www.kommunisten.de](http://www.kommunisten.de)

Jetzt  
4 Wochen  
kostenlos  
probelesen!

Name  Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • [www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)